

diene er jede Unterstützung. Die einzig wirkliche Lösung des chinesischen Problems sei aber ein kluges und schnelles Zugeständnis an die gerechten Forderungen der Chinesen. Die Forderungen der Nationalisten seien im Grunde gerecht, und da England das erste Land gewesen sei, das sich besondere Vorrechte in China verschaffte, sollte es auch die Führung übernehmen, China die Berechtigtheit zuteil werden zu lassen, die ihm gebühre.

Schluß des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 30. Jan. Im weiteren Verlaufe der Debatte über das Washingtoner Abkommen äußerte der deutsche Arbeiterdelegierte Müller sich befreit über die geleistete Arbeit. Wenn von Seiten der Arbeitgebergruppe Schwierigkeiten gemacht worden seien in Bezug auf die Ratifikation und die Durchführung der Washingtoner Konvention, so sei dies nur deshalb geschehen, um in den verschiedenen Ländern der Kampagne gegen die Konvention neue Nahrung zu geben und damit die Ratifikation der Konvention immer schwieriger zu gestalten. Der Verwaltungsrat nahm sodann einen Antrag der Geschäftsordnungscommission über die Ernennung der Konferenzdelegierten an. In Bezug auf den von dem italienischen Regierungsdelegierten de Micheli unterbreiteten Vorschlag betreffend Schaffung einer ständigen Kommission für intellektuelle Arbeiter war der Verwaltungsrat einmütig der Ansicht, daß das Internationale Arbeitsamt zuständig ist für Fragen betreffend geistige Arbeit. Der deutsche Regierungsdelegierte Dr. Feig machte darauf aufmerksam, daß die Frage gewisse Schwierigkeiten enthalte. Es muß festgestellt werden, was man unter einem geistigen Arbeiter versteht. Ferner müßten die Befugnisse dieser Kommission genau umschrieben werden, damit keine Konflikte mit der Völkerbundskommission entstehen. Der Vorschlag de Micheli wurde auf die nächste Tagung gesetzt, die vom 28. März bis 2. April in Genf stattfindet. Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

Die Pariser Verhandlungen über die Restpunkte.

Paris, 30. Jan. Heute vormittag haben General von Pawel und Geheimrat Forster ihre Verhandlungen mit dem interalliierten Militärkomitee fortgesetzt. Die Beratungen über die deutschen Besetzung an der Ostgrenze konnten im Laufe der eingehenden Besprechung gefördert werden und werden morgen vormittag fortgesetzt werden.

Über die heutige Sitzung des interalliierten Militärkomitees berichtet Havas, die Besprechung habe einige Fortschritte gezeitigt. Die deutsche Regierung zeige sich tatsächlich damit einverstanden, einige Werke in Königsberg zu zerstören. Dieses Zugeständnis sei aber als ungenügend erachtet worden, und die Diskussion werde morgen vormittag innerhalb des Militärkomitees wieder aufgenommen werden. Die Vorkonferenz werde ebenfalls am Vormittag zusammentreten.

Coolidge über Finanz- und Rüstungsfragen.

Washington, 30. Jan. In einer Ansprache auf der Halbjahrsversammlung der Ressortchefs zur Besprechung des Budgets äußerte sich Präsident Coolidge eingehend über die finanzielle und militärische Lage des Landes. Unter deutlicher Bezugnahme auf den im Kongreß im Gange befindlichen Kampf gegen den von ihm befürworteten Bau von drei neuen Kreuzern erklärte er, er sei sich als Oberbefehlshaber des Meeres und der Marine seiner Verantwortung bewußt. Wir wollen alle Anstrengungen machen, um ein Weittrauen für immer zu besitzigen. Sicher würde es im Interesse aller liegen, wenn das Geld der öffentlichen Wohlfahrt zugute käme. Die öffentliche Schuld steht in direktem Zusammenhang mit der Frage der militärischen Bereitschaft. In dem Maße, in dem wir unsere öffentliche Schuld herabsetzen und die großen Zinslasten beseitigen, verstärken wir unsere militärische Bereitschaft und verringern gleichzeitig die Lasten der Bevölkerung. Abgesehen von viel wichtigeren Gründen sollten wir schon vom finanziellen Standpunkt aus jede Handlungsweise vermeiden, die unter Umständen als militäristisch gedeutet werden könnte. Was wir für unseren nationalen Schutz brauchen, ist lediglich eine angemessene Bereitschaft. Dies entspricht unserer traditionellen Haltung gegenüber allen Nationen. Über die Frage der Steuerherabsetzung erklärte Coolidge, es sei noch vorzuzugreifen, ob in nächster Zukunft eine weitere dauernde Ermäßigung der Steuern möglich sein werde.

Zwei Dekrete über die Verwaltung von Elsaß-Lothringen.

Paris, 30. Jan. „Journal Officiel“ veröffentlicht heute zwei Dekrete betreffend die Verwaltung von Elsaß-Lothringen, durch die ein weiterer Schritt seitens der französischen Regierung zur Zentralisierung unternommen wird. Die Finanzverwaltung Elsaß-Lothringens wird im Finanzministerium in Paris und die Verwaltung der Polizeidirektionen der drei Departements im Innenministerium in Paris konzentriert.

Rücktritt des persischen Kabinetts.

Teheran, 30. Jan. Die Regierung ist zurückgetreten, weil die Unabhängigen sich mit der Opposition vereinigt haben, um gemeinsam Interpellationen einzubringen, u. a. über den Briefwechsel der Regierung mit der Anglo-Persischen Ölgesellschaft und über den Nichtabschluß eines Handelsabkommens mit Rußland.

Landtagswahl in Thüringen.

Weimar, 31. Januar. Das vorläufige Gesamtergebnis für die vier Wahlkreise ist folgendes:
Einheitsliste 270 825,
Sozialdemokraten 262 827,
Kommunisten 113 470,
Nationalsozialistische Arbeitergemeinschaft 3874,
Nationalsozialistische Arbeiterpartei 29 918,
Deutschnationale 9137,
Demokraten 26 531,
Wirtschaftspartei 75 500,
Aufwertungspartei 23 156

Stimmen.
Die Mandate bei der Thüringer Landtagswahl verteilen sich, soweit bisher festgestellt wurde, wie folgt: Einheitsliste 19 (31), Sozialdemokraten 18 (17), Kommunisten 8 (12), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2 (3), Deutschnationale voraussichtlich 1 (4), Demokraten 2 (4), Wirtschaftspartei 5 (0), Aufwertungspartei 1 (0), Parteilos 0 (1), insgesamt 56 (72) Mandate.

Die Einheitsliste ist gebildet von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum. Die Wahlbeteiligung zu den thüringischen Landtagswahlen war durchweg etwa 70 Prozent, in den größeren Städten erreichte sie 80 Prozent. Zu ersten Zwischenfällen kam es nicht. Nach den Ergebnissen erfüllen sich die auf die Einheitsliste gesetzten Erwartungen nicht, da eine Abwanderung in die Wirtschafts- und Aufwertungspartei offensichtlich ist.

Eine Rundgebung des Demokratischen Reichsbauerntages.

Braunschweig, 30. Jan. Im Rahmen des Reichsbauerntages der Deutschen Demokratischen Partei fand hier heute unter der Devise „Agrarpolitik muß Bauernpolitik sein“ eine große öffentliche Rundgebung statt. Reichstagsabg. Bönneburg betonte in einem Referat über Siedlungsfragen, der Großgrundbesitz müsse um zwei Drittel vermindert werden, um zur Stärkung des deutschen Volkstums dienen zu können. Landtagsabg. Meineke sprach über Nachfragen. Ministerpräsident a. D. Fanzon-Odenburg sprach über Volkfragen und Reichstagsabg. Dietrich über Steuerfragen. Die einmütig angenommenen Entschlüsse fordern u. a. planmäßige Wehrung und Stärkung des Bauerntums durch Landabgabe vom privaten und staatlichen Großgrundbesitz. Für die über-schüssige Bauernkraft aus West-, Mittel- und Süddeutschland muß Raum geschaffen werden im deutschen Osten und Norden. Gefordert wird grundlegende Aenderung des Reichsiedlungsgesetzes, Landabgaben nach dem Steuerwert, Schaffung von Dauerkrediten durch Reich und Länder. Die am 30. September 1927 ablaufende Pachtzinsordnung sei auf zwei Jahre zu verlängern und möglichst bald eine gesetzliche Reform des Pachtrechts herbeizuführen. Zur Vollfrage wird Abbau der Brotgetreidezölle und Beseitigung der Futtermittelzölle verlangt.

Gericht und Presse.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, ist die Prüfung des Verhaltens des Landgerichtsdirektors Westerkamp in Potsdam gegenüber den Pressevertretern in der Hauptverhandlung gegen v. Oppen abgeschlossen. — Wenn der Vorsitzende des Gerichts im Interesse der materiellen Aufklärung des Sachverhaltes an die Presseberichterstatter das Ersuchen richtete, die Presseberichterstatter zu beschränken, so kann die Tatsache eines solchen Ersuchens als richterliche Handlung mit Rücksicht auf die verfassungsmäßig gewährleistete Unabhängigkeit der Gerichte im Dienstausführswege nicht nachgeprüft werden. Die Justizverwaltung hält in diesem Fall den vom Landgerichtsdirektor Westerkamp im vorliegenden Fall gewählten Weg, die Ausstellung eines Reverses zu verlangen, für bedenklich und für ungeeignet, zu dem erstrebten Ziel zu führen. Es wäre vielmehr angezeigt gewesen, wenn den Pressevertretern der Wunsch des Gerichtes, über den sachlichen Inhalt der Verhandlungen zunächst nichts in die Presse zu bringen, mitgeteilt und die Loyalität der Presse zur Erfüllung des Wunsches angerufen worden wäre. — Mit der am zweiten Verhandlungstag gegen einen Pressevertreter getroffenen Maßnahme war nach dem Ergebnis der Ermittlungen keine Ausschließung aus dem Gerichtssaal, sondern nur eine Verweisung des Berichterstatters vom Pressesaal beabsichtigt. Abgesehen von den Bedenken, die auch gegen eine solche Maßregel sprechen, ist zu beanstanden, daß bei der Anordnung der Maßregel die Absicht, den Berichterstatter lediglich vom Pressesaal zu verweisen, nicht hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist. Der Kammergerichtspräsident ist ersucht worden, Landgerichtsdirektor Westerkamp hierauf hinzuweisen. Im übrigen beabsichtigt der Preussische Justizminister mit Rücksicht auf die Bedeutung eines gezielten Zusammenwirkens von Gericht und Presse die Angelegenheit bei der nächsten Zusammenkunft der Oberlandesgerichtspräsidenten zum Gegenstand einer Besprechung zu machen.

Keine Truppenzusammenziehungen an den Grenzen der Sowjetunion.

Moskau, 30. Jan. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion ist ermächtigt, die Mitteilungen über angebliche Zusammenziehungen von Sowjettruppen an den westlichen und östlichen Grenzen der Sowjetunion als falsch zu bezeichnen. Nach den Erklärungen maßgebender Kräfte seien diese Meldungen böswillige Erfindungen.

Neue Drucklegung der Eigentumsvorlage

Washington, 30. Jan. Die Vorlage des Repräsentantenhauses über die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums wurde vom Finanzausschuß des Senats derartig abgeändert, daß die Weiterverhandlung darüber erst nach neuer Drucklegung der Vorlage möglich sein wird.

Der Mörder des Juweliere Grebenau festgenommen.

Frankfurt a. M., 30. Januar. Der Mörder des am vorigen Sonntag in seinem Geschäft ermordeten Juweliere Grebenau ist gestern verhaftet worden. Es ist ein Friedrich Schulteis aus Bisselsheim bei Bad Nauheim, der erst vor kurzem aus dem Zuchthaus entlassen worden ist. Schulteis leugnet hartnäckig jede Beteiligung an der Tat, doch ist der Indizienbeweis erdrückend.

Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juweliere wird berichtet, daß der verhaftete Schulteis, der auf Grund von Handschriftvergleichung stark verdächtig war, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verbrechens beschwerte. Im Hause des Schulteis wurden blutige Kleider und Wäschestücke vorgefunden. Ein Geständnis hat Schulteis noch nicht abgelegt.

Vom Bräutigam erschossen.

Limburg, 30. Januar. Auf tragische Weise kam hier gestern abend ein junges Mädchen aus Niederwalluf bei Wiesbaden zu Tode. Das Mädchen war gestern nachmittag bei ihren zukünftigen Schwiegereltern zum Besuch eingetroffen. In den Abendstunden wollte ihr 26jähriger Bräutigam, der ebenfalls bei seinen Eltern zu Besuch weilte, seiner Braut einen geladenen Revolver zeigen. Die Schußwaffe entlud sich und die Kugel brang der Braut ins Herz, so daß sie sofort verstarb. Der junge Mann stellte sich der Polizei und wurde festgenommen.

14 000 Grippeerkrankungen in Stettin.

Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Ärzte waren bis zum 27. Januar rund 14 000 Grippeerkrankter in ärztlicher Behandlung. Dazu kämen noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfaßte, waren nur etwa 600 als schwer anzusprechen. Todesfälle sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Eiferuchtsdrama in Berlin.

Am Sonntag abend gab der Schlosser Marschand aus Nichtenberg im Verlaufe eines Streites auf seine Geliebte, die 45 Jahre alte geschiedene Frau Bietzsch, mehrere Schüsse ab. Sie wurde schwer verletzt. Marschand ist verschwunden.

Unwetter im Kattegatt und Skagerrak.

Einer Meldung zufolge hat in der Nacht zum Sonntag im Kattegatt und Skagerrak ein furchtbares Unwetter getobt. Vor und in Skagen wurden große Zerstörungen angerichtet. Mehrere Fischkutter sind bis heute noch nicht zurückgekehrt. Mit großer Mühe gelang es einem Rettungsboot, die Mannschaft eines dänischen Dreimasters zu bergen. Kurz nachdem die Mannschaft das Schiff verlassen hatte, wurde es losgerissen und treibt seitdem gegen das Skagenriff. Gleichseitig wurde ein Bergungsdampfer von Frederikshaven zu einem in Not befindlichen Schiffe gefandt. Auch über Norwegen hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Ein Motorfischer trug an der Küste, wobei ein Mann der Mannschaft ertrank. Im norwegischen Hochgebirge herrschen Schneestürme. Die Nachtzüge konnten nur mit großer Verspätung ihr Ziel erreichen.

Sturmwetter im Narmekanal.

Paris, 30. Januar. Aus Cherbourg und De Havre treffen Nachrichten über heftige Schneestürme im Kanal ein. Ein amerikanischer Dampfer lief beim Verlassen des Hafens von De Havre auf die Mole auf, wurde beschädigt und mußte seine Ausreise aufschieben.

Blutige Zusammenstöße im Burgenland.

Wien, 30. Jan. In dem burgenländischen Ort Schattendorf kam es nach einer sozialdemokratischen Versammlung zu einem Feuergefecht zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und christlichsozialen Frontkämpfern. Ein kriegsinvalider Arbeiter und ein achtjähriger Knabe wurden durch Schüsse getötet. Vier Arbeiter und ein sechsjähriger Knabe wurden schwer verletzt. Insgesamt waren 30 Schüsse gefallen. Die Gendarmeriebehörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Die Hinterlassenschaft der Kaiserin Charlotte von Belgien.

Brüssel, 30. Januar. Etolle Belge hatte die Hinterlassenschaft der am 19. Januar verstorbenen Kaiserin Charlotte auf ungefähr 100 Millionen Goldfranc angegeben. Demgegenüber wird die Belgische Telegraphen-Agentur von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß die Hinterlassenschaft etwa 10 Millionen Goldfranc beträgt, so daß der Anteil jedes der sechs Erben sich nach Abzug der Erbschaftsteuer und anderer Abgaben auf 500 000 bis 600 000 Goldfranc belaufen würde.

Erdrutsch bei Namur.

Namur, 30. Januar. Gestern nachmittag rutschte eine Erdmasse von 2000 Kubikmetern auf das Hauptgleis der Bahnlinie Namur—Charleroi. Zwei Arbeiter wurden unter den Erdbmassen begraben und konnten bisher noch nicht aufgefunden werden.

Paris—Brüssel in 63 Minuten.

Paris, 30. Januar. Nach einer Blättermeldung hat ein Verkehrsflugzeug gestern die 275 Kilometer lange Strecke Paris—Brüssel in 1 Stunde 3 Minuten zurückgelegt.

Römische Baupläne.

Der Gouverneur von Rom hat in einer Pressekonferenz mitgeteilt, daß nach dem neuesten Bauplan für Rom, für den an Krediten 60 Millionen bereit stehen, in erster Linie die Freilegung des Kapitols und des Tarpeischen Felsens sowie die Untertunnelung des Kapitols in Betracht kommen. Dann wird das Marcellustheater freigelegt, und ein neuer Augustusplatz erbaut werden; auch die Scipionengräber auf der Via Appia sollen ausgehoben werden.